

Bosch-Betriebsrat mit Zukunftssorgen

Verbrenner-Aus: Wie geht es weiter bei den Zulieferbetrieben?

Eigentlich soll der Verbrenner erst im Jahr 2035 von Deutschlands Straßen verschwinden. Aber längst haben die Automobilhersteller umstrukturiert, konzentrieren sich mehr und mehr auf E-Mobilität. Was bleibt auch anderes übrig? Dabei wird häufig übersehen, dass nicht nur die Autobauer direkt betroffen sind, sondern auch viele Zulieferer – wie etwa Bosch. Dessen Betriebsrat hat jetzt zur standortübergreifenden Betriebsversammlung eingeladen, um den Sorgen Ausdruck zu verleihen. Es geht um die Sicherung von tausenden Arbeitsplätzen. Nicht zuletzt, weil viele andere Nationen grüne Technologien massiv subventionieren. Hat Deutschland geschlafen?



Redaktion

Stand: 7.3.2023

Lesezeit: 02:45 min



Bosch-Betriebsrat: Sorgen vor massivem Stellenabbau

Das (voraussichtliche) Aus des Verbrenners wirft seinen Schatten voraus: Nahezu jeder Automobilhersteller hat bereits Änderungen in seiner Struktur vorgenommen, längst ist die Produktion von E-Autos in den Fokus gerückt. Bei Ford etwa werden in Köln und Aachen bis 2025 rund 2.300 Stellen gestrichen (Mehr zum Thema: [Ford – 2.300 Stellen werden bis 2025 gestrichen](#)). Forschung und Entwicklung sollen künftig zu großen Teilen zentralisiert in den USA stattfinden. Der Ford-Betriebsrat war sogar erleichtert, hätten doch noch weitaus mehr Stellen dieser Umstrukturierung zum Opfer fallen können. Aber nicht nur die Autobauer selbst, sondern viele weitere Industriezweige, die direkt an der Herstellung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren hängen, sind betroffen. So hat erst kürzlich der Betriebsrat von Bosch – weltweit

größter Automobilzulieferer – an zehn deutschen Standorten zu einer außerplanmäßigen Betriebsversammlung geladen. Grund: Auch bei Bosch wird ein massiver Stellenabbau befürchtet, unter anderem wegen der Subventionspolitik anderer Staaten.

Das Aus des Verbrenners im Jahr 2035 rückt immer näher. Wir fordern daher eine klare Zusage zum Erhalt der industriellen Arbeitsplätze.

Frank Sell, Bosch-Gesamtbetriebsrat Mobility Solutions, zum SWR

Berichten zufolge haben rund 17.000 Mitarbeiter an den Betriebsversammlungen in Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Thüringen und im Saarland teilgenommen. „Das Aus des Verbrenners im Jahr 2035 rückt immer näher. Wir fordern daher eine klare Zusage zum Erhalt der industriellen Arbeitsplätze“, erklärte Frank Sell dem SWR zu den Arbeitnehmerforderungen. Sell ist Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats des Unternehmensbereichs Mobility Solutions der Bosch-Gruppe sowie stellvertretender Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Robert Bosch GmbH.

Fertigungsverlagerung zukunftssträchtiger Produkte ins Ausland?

Grund für die Sorgen vor einem massiven Stellenabbau sei die Fertigungsverlagerung zukunftssträchtiger Produkte ins Ausland. So besteht die Gefahr, dass große Produktionsstandorte in Deutschland, wo lediglich Teile für Verbrennungsmotoren hergestellt werden, nach dem EU-Verbot nicht mehr gebraucht werden. Mario Gutmann, Betriebsratsvorsitzender bei Bosch in Bamberg (6.300 Mitarbeiter), bemängelt bei BR24 allen voran den Weitblick der Wirtschaftspolitik. 900.000 Arbeitsplätze hingen bundesweit direkt und indirekt an der Produktion von Verbrennungsmotoren.

Andere Länder subventionieren bewusst grüne Technologien

Zentraler Kritikpunkt seitens des Bosch-Betriebsrats sei zudem, dass dieser über die Zukunftsstrategie für die deutschen Standorte von der Geschäftsleitung nicht ausreichend informiert wurde. Das große Problem: Selbst wenn politische Kreise die E-Mobilität als Zukunftschance sehen, sei das nicht gleichbedeutend mit einer Arbeitssicherung in Deutschland. Gerade Produkte für die E-Mobilität würden Konzerne zunehmend im Ausland fertig lassen – eine ganz bewusste Strategie anderer Länder. US-Präsident Joe Biden verspricht beispielsweise gewaltige Subventionen und Steuererleichterungen für nachhaltige Technologien. Das Investitionspaket „Inflation Reduction Act“ hat ein Volumen von 370 Milliarden Euro. Selbst China und viele weitere Staaten investieren in grüne Technologien. Manche befürchten gar einen Subventionswettlauf, einige warnen wiederum, sich auf einen solchen einzulassen. Jedenfalls scheinen Deutschland und die EU alarmiert, weshalb Bundeskanzler Olaf Scholz und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erst kürzlich auf einer gemeinsamen Pressekonferenz zur langfristigen Sicherung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit sprachen. Fazit? Abwarten!

Die Zukunft der industriellen Fertigung ist in Gefahr.

Martin Feder, 1. Bevollmächtigter IG Metall Bamberg, zu BR24

Jedenfalls wird auch der Bosch-Konzern rund 950 Millionen Euro in ein neues Entwicklungs- und Fertigungszentrum im chinesischen Suzhou stecken. Martin Feder, erster Bevollmächtigter der IG Metall Bamberg, sorgt sich bei BR24 um den gesellschaftlichen Wohlstand, sollten so viele Menschen in Deutschland ihren Arbeitsplatz verlieren. „Die Zukunft der industriellen Fertigung ist in Gefahr.“ Und das nicht nur bei Bosch, sondern in vielen Unternehmen. (tis)

Kontakt zur Redaktion

Haben Sie Fragen oder Anregungen? Wenden Sie sich gerne direkt an unsere Redaktion. Wir freuen uns über konstruktives Feedback!

redaktion-dbr@ifb.de

Institut zur Fortbildung von Betriebsräten GmbH & Co. KG © 2025